

Mainzer Erklärung

Wachstum „Made in Germany“

3 Deutschland ist eine starke Volkswirtschaft, die drittgrößte Volkswirtschaft der
4 Welt. „Made in Germany“ ist weltweit gefragt. Deutsche Produkte stehen für erst-
5 klassige Qualität und Zuverlässigkeit. Das ist der Erfolg unserer Unternehmen
6 und Betriebe mit Millionen von fleißigen Beschäftigten. Gemeinsam erwirtschaf-
7 ten sie den Wohlstand, von dem wir alle leben. Mittelstand und Familienunter-
8 nehmen, Hidden Champions und Handwerk, Selbständige und freie Berufe, in-
9 novative Gründer und weltweit erfolgreiche Industrie- und Dienstleistungsunter-
10 nehmen – darauf können wir setzen, auch in schwieriger Zeit.

11 Alle Daten zeigen: Unserer Volkswirtschaft geht es nicht gut. Sie leidet schon län-
12 ger – nicht an einer konjunkturellen Krise, sondern an einer strukturellen Schwä-
13 che, die Wachstum bremst und die Wettbewerbsfähigkeit gefährdet. Die deutsche
14 Wirtschaft ist längst nicht mehr Technologieführer in allen für unseren Wohl-
15 stand zentralen Sektoren. Das dritte Jahr in Folge drohen Stagnation und Rezes-
16 sion. Die Probleme sind bekannt: hohe Steuern und immer weiter steigende So-
17 zialabgaben, fehlende Fach- und Arbeitskräfte, überbordende Bürokratie und Re-
18 gulierung, nicht wettbewerbsfähige Energiekosten. Hinzu kommt eine öffentli-
19 che Verwaltung, die ein Update braucht. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns
20 ehrlich machen: Es braucht eine politische Kraftanstrengung, um diese Probleme
21 zu meistern und Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Wir müs-
22 sen die Bedingungen für unseren Standort verbessern. Wir müssen in die Zu-
23 kunft investieren. Aus Wirtschaft muss wieder Wachstum werden – für eine
24 starke Soziale Marktwirtschaft!

25 Die CDU-geführte Bundesregierung hat die Probleme erkannt und schnell gehan-
26 delt. Sie hat in den ersten acht Monaten bereits wichtige Entscheidungen getrof-
27 fen: Mit dem steuerlichen Investitionssofortprogramm ist die größte Unterneh-
28 menssteuersenkung der vergangenen 15 Jahre auf den Weg gebracht worden. Bei
29 den Energiekosten gibt es Milliarden-Entlastungen. Mit der Modernisierungs-

30 agenda hat der umfassende Bürokratierückbau begonnen. Auch der Staat soll
31 rasch agiler werden. Das Bürgergeld ist Vergangenheit – damit kehren wir zum
32 richtigen Prinzip von Fördern und Fordern zurück. Mit der Aktivrente eröffnen
33 sich neue Möglichkeiten für freiwilliges Arbeiten über das gesetzliche Rentenein-
34 trittsalter hinaus. Die Botschaft: Leistung lohnt sich wieder!

35 Das sind wichtige Entscheidungen gewesen. Und es sind unsere Kernforderun-
36 gen, die von der CDU-geführten Bundesregierung umgesetzt werden. Sie bringen
37 unser Land und unsere Wirtschaft auf den Weg der Besserung. Aber das kann nur
38 ein Anfang sein. Denn die Wirtschaft ist noch immer nicht so leistungsfähig, wie
39 sie es sein könnte. Wir wissen: Wenn wir unseren Wohlstand bewahren wollen,
40 wenn wir ein führendes Industrieland bleiben wollen, dann müssen wir diesen
41 Weg in diesem Jahr konsequent weitergehen. Es muss mehr denn je gelten: Vor-
42 rang hat alles, was Wachstum schafft und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirt-
43 schaft stärkt. Unser Ziel ist es, das Potenzialwachstum wieder auf deutlich über
44 ein Prozent zu erhöhen.

45 Für die CDU ist klar: Wirtschaftswachstum ist die Grundlage für alles – für Frei-
46 heit und Frieden, für innere, äußere und soziale Sicherheit, für Zusammenhalt,
47 für Klimaschutz, für Stabilität und Zuversicht. Es gibt keinen Grund, den Wirt-
48 schaftsstandort abzuschreiben. Aber es gibt viele Gründe, an ihn und seine Zu-
49 kunft zu glauben. Wenn wir an die deutsche Wirtschaft glauben, an die Industrie,
50 den Mittelstand, die Familienunternehmen, das Handwerk und die Beschäftig-
51 ten, dann glauben wir an uns. An unser Land.

52 **Wachstum „Made in Germany“ – mit niedrigeren Steuern für Unternehmen und
53 Betriebe!**

54 Deutschland muss wieder zu einem attraktiven Standort für Investitionen und In-
55 novationen werden. Dazu muss vor allem die im internationalen Vergleich hohe
56 Steuerbelastung für Unternehmen reduziert werden. Denn Weltspitze bei der

57 Steuerbelastung und Weltspitze bei der Wettbewerbsfähigkeit passen auf Dauer
58 nicht zusammen.

59 Die CDU-geführte Bundesregierung hat als eine der ersten Handlungen ein **steuerliches Investitionssofortprogramm** beschlossen:

- 61 • Für Investitionen, die ab dem 1. Juli 2025 und vor dem 1. Januar 2028 getätigt
62 werden, gilt eine **degressive Abschreibung** von bis zu 30 Prozent.
- 63 • Ab 2028 sinkt der **Körperschaftsteuersatz** in fünf Jahresschritten von 15 auf
64 10 Prozent.
- 65 • Parallel sinkt auch der **Thesaurierungssteuersatz** für die im Unternehmen ein-
66 behaltenen Gewinne schrittweise auf 25 Prozent.
- 67 • Zudem ist die **Agrardieselrückvergütung** wieder vollständig eingeführt. So ent-
68 lasten wir unsere **landwirtschaftlichen Betriebe**. Und auch die Gastronomie
69 wird mit der **reduzierten Umsatzsteuer auf Speisen** entlastet.

70 Unser Ziel ist, **Unternehmen weitergehend zu entlasten**:

- 71 • Sofern es die Haushaltssituation von Bund und Ländern zulässt, wollen wir die
72 beschlossene stufenweise Reduzierung der **Körperschaftsteuer** vorziehen.
- 73 • Wir wollen die **Gewerbesteuer** vereinfachen, indem wir Hinzurechnungen und
74 Kürzungen abbauen und die Bemessungsgrundlagen der Gewerbesteuer und
75 der Einkommen- und Körperschaftsteuer vereinheitlichen. Zudem wollen wir,
76 dass zukünftig das für den Unternehmenssitz zuständige Finanzamt das ge-
77 samte Verfahren abwickelt und die Steuereinnahmen **aufkommensneutral**,
78 transparent und rechtssicher den Standortkommunen zuweist. Hebesatzrecht
79 und Ertragshoheit der Kommunen bleiben unberührt.
- 80 • Die letzte Erhöhung der **Luftverkehrsteuer** wird wieder zurückgenommen. Da-
81 mit wird Fliegen wieder günstiger und der Luftverkehrsstandort Deutschland
82 gestärkt.
- 83 • Wir wollen das Unternehmenssteuerrecht vereinfachen. Wir setzen uns bspw.
84 dafür ein, **Gold-Plating von EU-Vorgaben** in diesem Bereich zurückzuführen.
- 85 • Die CDU-geführte Bundesregierung muss schnellstmöglich ihren Prüfauftrag
86 umsetzen, ob und wie ab 2027 die **gewerblichen Einkünfte neu gegründeter**

87 **Unternehmen** unabhängig von ihrer Rechtsform in den Geltungsbereich der
88 Körperschaftsteuer fallen können.

89 **Wachstum „Made in Germany“ – mit besseren Anreizen für Leistung und Arbeits-**
90 **aufnahme!**

91 Deutschland muss wieder zu einem attraktiven Arbeitsort für inländische und
92 ausländische Fachkräfte werden. Den Wettbewerb um die klügsten Köpfe der
93 Welt gewinnen **wir** nur, wenn sich Leistung mehr als bisher auszahlt. Wir wollen
94 daher diejenigen entlasten, die jeden Tag Leistung erbringen und so den Laden
95 am Laufen halten. Und wir wollen Anreize setzen, damit sich das Arbeiten lohnt.

96 Dazu hat die CDU-geführte Bundesregierung bereits einige Maßnahmen umge-
97 setzt:

- 98 • Seit 1. Januar 2026 gibt es die **Aktivrente**. Wer das gesetzliche Rentenalter er-
99 reicht und freiwillig sozialversicherungspflichtig arbeitet, erhält sein Gehalt
100 bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei – zusätzlich zum Grundfreibetrag.
- 101 • Die **Entfernungspauschale** wurde auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer erhöht.
102 So stärken wir Pendlerinnen und Pendler und damit vor allem unsere Leis-
103 tungsträger im ländlichen Raum.
- 104 • Die **Ehrenamts- und die Übungsleiterpauschale** wurden deutlich erhöht. Damit
105 stärken wir alle, die ehrenamtlich tätig sind.
- 106 • Die Landwirte bekommen mehr Unterstützung: Ab 2026 dürfen ausländische
107 **Erntehelfer** 90 statt 70 Tage sozialversicherungsfrei in Deutschland arbeiten.

108 Unser Ziel ist, **weitere Entlastungen und Arbeitsanreize** umzusetzen:

- 109 • Wir wollen die **Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen zur Mitte**
110 **der Legislaturperiode** senken.
- 111 • Wir wollen **Überstundenzuschläge** steuerfrei stellen.
- 112 • Die **Neue Grundsicherung** für Arbeitsuchende ersetzt das Bürgergeld. Damit
113 gilt wieder das richtige Prinzip von Fördern und Fordern. Wer seinen Mitwir-
114 kungspflichten bei der Jobsuche nicht nachkommt, muss mit Konsequenzen

115 bis zur vollständigen Streichung der Leistungen rechnen. Die Bekämpfung des
116 Sozialstaatsmissbrauchs wird intensiviert. Es gilt klarzustellen, wer aus dem
117 EU-Ausland tatsächlich als Arbeitnehmer gilt.

- 118 • Wir wollen die **Hinzuverdienstregeln für Grundsicherungsempfänger** verbes-
119 sern, damit sich die Arbeitsaufnahme noch mehr lohnt.
120 • Mit der **Work-and-Stay-Agentur zur Fachkräfteeinwanderung** wollen wir die
121 Anwerbung von Fachkräften vereinfachen.
122 • Unser Ziel bleibt weiterhin, den **Solidaritätszuschlag** vollständig abzuschaffen.

123 **Wachstum „Made in Germany“ – mit niedrigeren Lohnzusatzkosten und mehr**
124 **Flexibilität im Arbeitsmarkt!**

125 Was für Steuern gilt, gilt umso mehr für Sozialversicherungsbeiträge. Weltspitze
126 bei den Arbeitskosten und Weltspitze bei der Wettbewerbsfähigkeit passen auf
127 Dauer nicht zusammen. Die Lohnzusatzkosten müssen daher auf ein wettbe-
128 werbsfähiges Niveau reduziert werden. Und wir brauchen mehr Flexibilität im
129 Arbeitsmarkt. So wird Deutschland für Fachkräfte und Unternehmen attraktiver.

130 Die CDU-geführte Bundesregierung hat bereits **Kommissionen** eingesetzt, um die
131 Sozialversicherungen zukunftsfest zu machen:

- 132 • Die Rentenkommission ist eingesetzt und erarbeitet bis Ende des ersten Halb-
133 jahres 2026 Vorschläge für Reformen in der **Alterssicherung**.
134 • Die Finanzkommission erarbeitet bereits bis Ende März 2026 erste Vorschläge
135 zur Stabilisierung der Beiträge zur **Gesetzlichen Krankenversicherung**. Bis
136 Ende 2026 soll sie ihren Abschlussbericht vorlegen.
137 • Eine Bund-Länder-Kommission hat bereits Vorschläge für Reformen in der **So-**
138 **zialen Pflegeversicherung** vorgelegt.

139 Unser Ziel ist, **Reformen der Sozialversicherungen schnellstmöglich umzusetzen**
140 und mehr Dynamik am Arbeitsmarkt zu entfesseln:

- 141 • Oberstes Ziel der Kommissionen muss es sein, Vorschläge auszuarbeiten, wie
142 die **Sozialversicherungsbeiträge stabilisiert werden können**.

- 143 • Die **Rentenkommission** soll bis Ende Juni 2026 wirksame Vorschläge zur Sta-
144 bilisierung des Rentensystems machen. Dabei ist für uns wichtig, dass auch
145 Vorschläge zur Reduzierung von Anreizen zum frühen Renteneintritt vorgelegt
146 werden.
- 147 • Die eingesetzte **Finanzkommission zur Gesetzlichen Krankenversicherung**
148 muss ihre Arbeit noch im Jahr 2026 abschließen. Im Vordergrund sollen Effi-
149 zienzgewinne auf der Ausgabenseite stehen, die alle Bereiche umfassen. Es
150 darf keine Tabus geben.
- 151 • Es darf nicht bei Papieren bleiben. Die Politik darf die Verantwortung nicht ein-
152 fach an Kommissionen delegieren. Die Ergebnisse der Kommissionen müssen
153 in **mutigen Strukturreformen münden**, die zügig angegangen werden.
- 154 • Wir wollen das **Arbeitszeitgesetz** flexibilisieren: Zukünftig soll es eine **wö-**
155 **chentliche Höchstarbeitszeit** anstelle einer täglichen Höchstarbeitszeit geben.
- 156 • Auch wollen wir den **Kündigungsschutz für Spitzenkräfte** flexibilisieren, um
157 die Durchlässigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

158 Wachstum „Made in Germany“ – mit sicherer und günstiger Energie!

- 159 Energie ist ein entscheidender Produktionsfaktor. Nur wenn wir eine sichere
160 Energieversorgung mit wettbewerbsfähigen Preisen sicherstellen, wird Deutsch-
161 land für Unternehmen und Investitionen attraktiv und ein Industrieland bleiben.
162 Dabei sind wir für Technologieoffenheit bei der Erzeugung von Energie.
- 163 Die CDU-geführte Bundesregierung hat zum 1. Januar 2026 Wirtschaft und Ver-
164 braucher bei den **Energiekosten entlastet**:
- 165 • Die **Gasspeicherumlage** ist abgeschafft. Somit werden alle Verbraucher bei den
166 Gaskosten entlastet.
- 167 • Die deutliche Reduzierung der **Netzentgelte** entlastet alle Unternehmen und
168 privaten Haushalte.
- 169 • Die **Stromsteuer** sinkt für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und
170 der Land- und Forstwirtschaft auf das zulässige EU-Mindestniveau.

171 • Mit der **Kraftwerkstrategie** soll der Rahmen für Investitionen in moderne,
172 hochflexible und klimafreundliche Kraftwerke geschaffen werden. Dazu muss
173 insbesondere die beihilferechtliche Klärung mit der EU-Kommission zügig ab-
174 geschlossen werden. Neue Gaskraftwerke werden einen wichtigen Beitrag zur
175 Versorgungssicherheit leisten. Zudem ist der Weg frei für die Speicherung von
176 Kohlenstoff. So wird klimaneutrales und wettbewerbsfähiges Wirtschaften in
177 Deutschland ermöglicht.

178 Unser Ziel sind **weitere Entlastungen bei den Energiekosten**:

- 179 • Wir wollen die **Stromkosten** weiter reduzieren. Dazu werden wir z.B. besser
180 und günstiger bauen und so alle Einsparpotenziale beim **Netzausbau** nutzen.
- 181 • Um die Energieinfrastruktur schneller und günstiger auszubauen, wollen wir
182 **Planungs- und Genehmigungsverfahren** drastisch beschleunigen.
- 183 • Zur Entlastung der energieintensiven Industrie wollen wir die **Strompreiskom-
184 pensation** auf weitere Branchen ausdehnen. Sofern es beihilferechtlich mög-
185 lich ist, soll die Beihilfeintensität erhöht werden.
- 186 • Für energieintensive Unternehmen vor allem im Mittelstand, die von den bis-
187 herigen Vergünstigungen nicht hinreichend profitieren, wird ein **Industries-
188 trompreis** mit einem Zielpreis von etwa 5 ct/kWh für die geförderte Strom-
189 menge eingeführt.
- 190 • Mit dem **Energieinfrastrukturfonds** unter dem Dach des Deutschlandfonds
191 müssen attraktive Finanzierungs- und Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen
192 werden, um Investitionen in Energienetze, Speicher und den Ausbau der er-
193 neuerbaren Energien zu ermöglichen. Gleichermaßen müssen bei diesen In-
194 vestitionen und Beteiligungen an unserer kritischen Infrastruktur höchste
195 Qualitäts- und Sicherheitsmaßstäbe angelegt werden.
- 196 • Die **Reduzierung der Stromsteuer für alle** soll schnellstmöglich kommen. Un-
197 ser Ziel ist, die von der EU vorgegebenen Mindeststeuersätze bei der Strom-
198 steuer abzuschaffen.
- 199 • Wir wollen die letzte Novelle des Gebäudeenergiegesetzes („**Heizungsgesetz**“)
200 abschaffen.

- 201 • Wir wollen **Erneuerbare Energie** markt- und systemdienlich fördern sowie
202 Netze, Erneuerbare Energie und dezentrale Flexibilität synchron ausbauen.
- 203 **Wachstum „Made in Germany“ – mit weniger Bürokratie und mehr Geschwindig-**
204 **keit!**
- 205 Ein attraktiver Wirtschaftsstandort bietet Unternehmen Chancen und legt ihnen
206 keine Steine in den Weg. Unsere Unternehmen verdienen mehr Zutrauen anstatt
207 Misstrauen. Damit sie in Deutschland mehr Freiräume für ihr Kerngeschäft ha-
208 ben, müssen wir Bürokratie deutlich reduzieren. Mehr Zeit für Investitionen und
209 Innovationen und weniger für Papierkram muss unser Ziel sein.
- 210 Die CDU-geführte Bundesregierung hat bereits den **Bürokratierückbau** begon-
211 nen. Damit wird Bürokratie für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger sowie
212 Verwaltung im Umfang von mehr als 3 Milliarden Euro abgebaut, Prozesse wer-
213 den schneller, flexibler und digitaler:
- 214 • Mit dem Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsi-
215 cherung wurde der **Bau-Turbo** gezündet. Bauauflagen können von den Kom-
216 munen reduziert werden, sodass Wohnungen schneller gebaut werden kön-
217 nen. Mit der Baugesetzbuch-Novelle werden weitere grundlegende Vereinfa-
218 chungen und Beschleunigungen geschaffen.
 - 219 • Der **Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen** liegt ab sofort im überragen-
220 den öffentlichen Interesse. So wird der Netzausbau beschleunigt und Versor-
221 gungslücken werden geschlossen.
 - 222 • Die Berichtspflichten im **nationalen Lieferkettengesetz** entfallen.
 - 223 • **Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz (BRUBEG)**
224 vereinfachen die Kreditvergabe vor allem für kleinere und mittlere Unterneh-
225 men.
 - 226 • Mit der **Abschaffung der Stoffstrombilanzverordnung** werden landwirtschaft-
227 liche Betriebe entlastet.
 - 228 • Mit der **Föderalen Modernisierungsagenda vom 4. Dezember 2025** wurde ein
229 weiteres Maßnahmenpaket für Bürokratieentlastungen und einen modernen

230 Staat auf den Weg gebracht. Es soll gemeinsam mit den Ländern zügig umge-
231 setzt werden.

232 Unser Ziel ist, die **Bürokratiekosten für die Wirtschaft um 25 Prozent zu reduzie-**
233 **ren** und den Erfüllungsaufwand für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger so-
234 wie Verwaltung um mindestens zehn Milliarden Euro zu senken:

- 235 • Wir wollen die Erforderlichkeit aller **Berichts- und Auskunftspflichten** zulasten
236 der Wirtschaft kritisch überprüfen mit dem Ziel, mindestens ein Drittel dieser
237 Pflichten abzuschaffen und so einen Beitrag zur Entlastung der Wirtschaft von
238 Bürokratiekosten zu leisten.
- 239 • Die einzelnen Maßnahmen wollen wir in mindestens einem **Bürokratierück-**
240 **baugesetz pro Jahr** bündeln.
- 241 • Wir wollen neue Gesetze mit **Praxischecks** auf Herz und Nieren prüfen. So ver-
242 meiden wir Bürokratie von vornherein.
- 243 • Wir wollen, dass alle Anträge und Behördengänge für Bürger und Unterneh-
244 men auf einer Plattform digital gebündelt werden (**One-Stop-Shop**).
- 245 • „Once Only“ wollen wir zur Regel machen. So sorgen wir dafür, dass Bürger und
246 Unternehmen ihre Daten gegenüber dem Staat nur einmal angeben müssen.
- 247 • Wir wollen **Vorgaben zur Energieeffizienz** auf das EU-Mindestmaß zurückfüh-
248 ren.
- 249 • Wir wollen **Genehmigungsverfahren** verkürzen und die **Möglichkeiten des Ver-**
250 **bandsklagerechts** auf EU-Mindestmaß senken und sorgen zugleich für
251 schnelle, rechtssichere Verfahren mit verbindlichen Fristen.
- 252 • Zudem wollen wir die **Bonpflicht** und **Verpflichtungen zur Bestellung von Be-**
253 **triebsbeauftragten** abschaffen.
- 254 • Wir wollen das **nationale Lieferkettengesetz** gänzlich abschaffen. Die europäi-
255 sche Richtlinie muss bürokratiearm und vollzugsfreundlich sein.
- 256 • Wir wollen ein **sofortiges Moratorium von mindestens zwei Jahren** für alle
257 neuen Statistikpflichten erlassen. Zudem wollen wir zahlreiche bestehende

258 Statistikpflichten aussetzen und nationale Übererfüllung von EU-Vorgaben be-
259 seitigen. Doppelstrukturen bei Statistikämtern müssen konsequent abgebaut
260 werden.

- 261 • Wir wollen alle **manuell zu erfüllenden Statistikpflichten** aussetzen, bis sie di-
262 gital erfüllt werden können.
- 263 • Wir wollen **unnötige Steuerbürokratie** abbauen und dabei die Ergebnisse der
264 BMF-Expertenkommissionen berücksichtigen.
- 265 • Wir wollen vom Instrument der **Genehmigungsfiktion** mehr Gebrauch machen
266 und dafür das bestehende Regel-Ausnahme-Verhältnis umkehren: Sofern
267 Fachrecht explizit nichts anderes regelt, soll eine Genehmigung nach Ablauf
268 von drei Monaten ab Einreichung der vollständigen Unterlagen als erteilt gel-
269 ten.
- 270 • Wir wollen die **Nutzung einfacher E-Mails** weitestgehend für den Geschäftsver-
271 kehr zwischen Bürger und Verwaltung zulassen, ohne dass es der bisherigen
272 aufwändigen Verfahren der elektronischen Form bedarf.

273 **Wachstum „Made in Germany“ – mit einem modernen Staat!**

274 Zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort gehören auch eine moderne
275 Verwaltung und ein leistungsfähiger Staat. Wir wollen einen Staat, der weniger
276 als Lehrmeister und mehr als Dienstleister fungiert; einen Staat, der an den rich-
277 tigen Stellen schlank und an den richtigen Stellen stark ist. Wir wollen den Staat
278 einfacher, digitaler und erfolgreicher machen. Künstliche Intelligenz machen wir
279 zum Produktivitätsmotor in Mittelstand und Verwaltung – für schnellere Verfah-
280 ren, weniger Bürokratie und bessere Services. Dazu gehört auch, den Staatskon-
281 sum zu reduzieren.

282 Die CDU-geführte Bundesregierung hat neben den bereits zuvor genannten Bü-
283 rokratieentlastungen, die auch die Verwaltung entlasten und effizienter machen,
284 weitere Maßnahmen für einen **modernen Staat** umgesetzt:

- 285 • Das neu gegründete **Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisie-**
286 **rung** setzt ein klares Zeichen: Digitalisierung wird ernst genommen. Deutsch-
287 land muss fit werden für die Zukunft.
- 288 • Die Anzahl der **Regierungsbeauftragten** wurde mit Regierungsantritt mehr als
289 halbiert.
- 290 • Es wurde eine **Kommission zur Sozialstaatsreform** eingesetzt, die gemeinsam
291 mit Ländern und Kommunen Vorschläge zur Modernisierung und Entbürokra-
292 tisierung des Sozialstaats vorlegen soll.
- 293 • Mit der **internetbasierten Fahrzeugzulassung „i-Kfz“** können Bürgerinnen und
294 Bürger ihr **Fahrzeug** online an-, ab- und ummelden. Das spart den Weg zur Zu-
295 lassungsstelle und die Wartezeit vor Ort. Zudem wurde der **Digitale Fahrzeug-**
296 **schein** eingeführt.

297 Unser Ziel ist, den **Staat in vielen wichtigen Bereichen effizienter aufzustellen:**

- 298 • Wir wollen die **Vorschläge der Kommission zur Sozialstaatsreform** schnells-
299 tens umsetzen.
- 300 • Nicht jede Aufgabe muss der Staat **regeln**, wir brauchen eine **umfassende**
301 **Staatsinventur** noch im Jahr 2026. Wir wollen **Ausgaben des Bundes stärker**
302 **priorisieren**, Ausgaben prüfen und vor **allem ineffiziente Subventionen** ab-
303 bauen. Denn ohne eine Priorisierung der öffentlichen Ausgaben werden wir
304 unsere Vorhaben nicht finanzieren können.
- 305 • Wir wollen die **Vergabe öffentlicher Aufträge** beschleunigen.

306 **Wachstum „Made in Germany“ – mit mehr Freiräumen für neue Ideen!**

307 Deutschland gehört zu den führenden Innovationstreibern weltweit – dank eines
308 breiten Mittelstands mit Hidden Champions an der Spitze. Sie alle stehen für Qua-
309 lität und Langlebigkeit „Made in Germany“. Allerdings haben sich die Innovati-
310 onsszyklen deutlich verkürzt. Deshalb brauchen wir eine Kultur, die den Gründer-
311 geist der Forscher und Unternehmer neu entzündet, anstatt ihn mit Regulierung
312 zu ersticken. Damit Deutschland Innovationsland bleibt, müssen Forscher- und
313 Unternehmergeist sowie Gründermut gestärkt werden.

314 Die CDU-geführte Bundesregierung hat zur Förderung von Gründungen und In-
315 novationen bereits einige Maßnahmen umgesetzt:
316 • Die steuerliche **Forschungszulage** wurde deutlich ausgeweitet.
317 • Die **Hightech-Agenda Deutschland** richtet den Fokus auf die Zukunftsmärkte.
318 Strategische Schlüsseltechnologien werden stärker gefördert.
319 • Der verbesserte **Zukunftsfoonds** stärkt den Markt für Wagniskapital durch In-
320 vestitionen in innovative Technologie-Startups in ihrer Wachstumsphase.
321 • Die **Vergabeverfahren** wurden vereinfacht, bspw. für Liefer- und Dienstleis-
322 tungsaufträge für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.
323 • Das **Wissenschaftsfreiheitsgesetz** wird flexibilisiert, so dass künftig auch sons-
324 tige gemeinnützige Forschungseinrichtungen vom Besserstellungsverbot aus-
325 genommen sind. Damit erhalten sie die Möglichkeit, internationale wissen-
326 schaftliche Spitzenkräfte anzuwerben und übertariflich zu vergüten.

327 Unser Ziel ist, die **Innovationskraft Deutschlands zu stärken**, technologische Sou-
328 veränität zu erlangen und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit zu si-
329 chern:
330 • Wir wollen **Gründerschutzzonen** einrichten, um Gründerinnen und Gründer
331 in der Startphase von Bürokratie zu befreien. Notarielle Prozesse bei Standard-
332 gründungen müssen digitalisiert und so vereinfacht werden, dass **Gründun-**
333 **gen in 24 Stunden** gelingen. So machen wir mehr Lust auf Unternehmertum.
334 • Mit dem **Innovationsfreiheitsgesetz** wollen wir bürokratische Hürden in der
335 Forschungsförderung umfassend abbauen und innovationsfreundlichere
336 Strukturen schaffen. Damit soll der Verwaltungsaufwand in der Forschung
337 deutlich reduziert und neuen Ideen mehr Freiraum gegeben werden.
338 • Für mehr **Ausgründungen aus Wissenschaftseinrichtungen** sollen Forscherin-
339 nen und Forscher, die ihre Diensterfindungen in ein Gründungsprojekt über-
340 führen wollen, die Nutzungsrechte an ihnen behalten. Auch Musterverträge für
341 Kooperationen mit Startups sowie kleinen und mittleren Unternehmen er-
342 leichtern das Gründen.

- 343 • Wir wollen die **steuerliche Forschungszulage** weiter erhöhen und den Förder-
344 deckel für mittelgroße Unternehmen ausweiten. Um das Verfahren zu verein-
345 fachen, wollen wir Einzelfallprüfungen durch ein **Fast-Track-Verfahren** erset-
346 zen, so dass sie nur noch stichprobenartig geprüft werden. Wir wollen zudem,
347 dass die Prüfung der steuerlichen Absetzbarkeit von Zuwendungen für For-
348 schung schnell erfolgt.
- 349 • Mit einem **Innovationsprivileg** wollen wir Forschungsprojekten Vorfahrt vor
350 Belangen des Natur-, Tier- und Denkmalschutzes geben. Zudem wollen wir **Ex-**
351 **perimentierräume** schaffen, die es Forschungseinrichtungen und Unterneh-
352 men ermöglichen, bürokratiearm innovative Technologien, Produkte und
353 Dienstleistungen zu erproben.
- 354 • Im Wissenschaftsfreiheitsgesetz wollen wir verankern, dass Forscherinnen
355 und Forscher nicht von **Verteidigungsforschung oder Forschung mit doppel-**
356 **tem Verwendungszweck** ausgeschlossen werden dürfen. Wir fordern die weni-
357 gen verbliebenen Länder auf, in Hochschulgesetzen verankerte **Zivilklauseln**
358 zu streichen. Angesichts zunehmender **Bedrohungen** müssen Synergien zwi-
359 schen militärischer und ziviler Forschung genutzt werden können.
- 360 • Im Sinne der Technologieoffenheit wollen wir die **Kernfusion** stärker voran-
361 bringen. Wir wollen nicht nur die Forschung stärken, sondern auch den ersten
362 Fusionsreaktor der Welt bei uns in Deutschland entstehen lassen. Es ist wich-
363 tig, dass wir technologieoffen forschen und Deutschland so langfristig alle Op-
364 tionen für eine sichere, nachhaltige und kostengünstige Energieversorgung er-
365 möglichen.
- 366 • Zugleich stärken wir **Schlüsseltechnologien** für industrielle Wertschöpfung –
367 insbesondere Batterie-, Speicher- und Wasserstofftechnologien sowie indust-
368 rielle Digitalisierung.

369 **Wachstum „Made in Germany“ – mit starkem EU-Binnenmarkt und freiem Han-
370 del!**

371 Europa ist unser Heimatmarkt. Für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands und
372 Europas sind die vier Freiheiten des EU-Binnenmarkts elementar: für Arbeitneh-
373 mer, Güter, Dienstleistungen und Kapital. Der EU-Binnenmarkt muss wieder
374 Wachstum ermöglichen, anstatt es durch Bürokratie zu behindern. Das bedeutet:
375 Barrieren abbauen und Zusammenarbeit vertiefen. Da knapp die Hälfte aller
376 deutschen Exporte in Nicht-EU-Staaten geht, sind gute Handelsbeziehungen mit
377 möglichst vielen Staaten weltweit für uns besonders wichtig. Eine regelbasierte
378 und strategisch ausgerichtete Handelspolitik stärkt somit nicht nur die wirt-
379 schaftliche Resilienz Deutschlands und Europas; sie kann zudem Abhängigkeit
380 reduzieren und eröffnet unseren Unternehmen neue Chancen auf neuen Märk-
381 ten.

382 Die CDU-geführte Bundesregierung hat hierzu bereits einige Maßnahmen auf den
383 Weg gebracht:

- 384 • Es wurde eine deutliche Abschwächung der Nachhaltigkeitsberichterstattung
385 und der Lieferkettenrichtlinie im **Omnibus-I-Paket** erzielt.
- 386 • Auf Drängen des Bundeskanzlers wurde das **Omnibus-Paket zu den Digital-**
387 **und Datengesetzen** von der EU-Kommission auf den Weg gebracht. Es soll Be-
388 lastungen für die Wirtschaft abbauen.
- 389 • **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen** mit Elfenbeinküste, Ghana, den Staaten
390 der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas und Zentralafrika sowie
391 Investitionsschutzabkommen mit Vietnam und Singapur wurden ratifiziert.
- 392 • Zudem wurde das **fortgeschrittene Rahmenabkommen der EU mit Chile** ratifi-
393 ziert.
- 394 • Das **Verbrenner-Verbot** soll abgeschafft werden. Die CDU-geführte Bundesre-
395 gierung setzt sich bei der Europäischen Kommission dafür ein, dass auch nach
396 2035 hocheffiziente Verbrenner-Motoren verkauft werden können. Auch bei
397 der Flottenregulierung soll es eine Kurskorrektur geben. Quoten bei der Flot-

398 tenregulierung lehnen wir ab. Das sind wichtige Signale für die Automobilin-
399 dustrie, die vielen Zulieferbetriebe und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
400 nehmer.

401 Unser Ziel ist, die **Wachstumskraft des europäischen Binnenmarkts und des Frei-**
402 **handels** besser auszuschöpfen:

- 403 • Wir wollen die bestehende Regulierung aus Brüssel massiv zurückbauen und
404 künftige Überregulierung verhindern. Dazu braucht es einen **sofortigen und**
405 **weitgehenden Stopp für neue und laufende EU-Initiativen**, die zu Belastungen
406 europäischer Unternehmen führen.
- 407 • Mit einem „**Anti-Gold-Plating-Gesetz**“ wollen wir Regelungen zurücknehmen,
408 die über europäisches Recht hinausgehen. Wir wollen eine starke Bürokratie-
409 bremse („One in, two out“) in Europa durchsetzen. Bestehende Berichtspflich-
410 ten werden spürbar reduziert und an wenigen, klaren Kernnachweisen ausge-
411 richtet.
- 412 • Wir wollen die **Freihandelsabkommen mit MERCOSUR, Indien, Malaysia, Indo-**
413 **nesien, Thailand, Australien sowie den Vereinigten Arabischen Emiraten** end-
414 lich abschließen und transatlantische Handelsbeziehungen stärken. Neue
415 Freihandelsabkommen sollten nicht mit sachfremden Themen wie Umwelt-
416 und Sozialstandards überfrachtet und verstärkt als „EU only“-Abkommen ver-
417 abschiedet werden.
- 418 • Wir wollen mit den EU-Partnern gemeinsam weltweit **strategische Rohstoff-**
419 **partnerschaften** eingehen, um die Resilienz unserer Wirtschaft zu stärken.
- 420 • Wir wollen die EU als **Energieunion** mit Fokus auf Entwicklung und Genehmi-
421 gung gemeinsamer, grenzüberschreitender Energienetze stärken. Hierbei soll
422 es neben einer stärkeren Vernetzung nationaler Energiemarkte um den Hoch-
423 lauf von Wasserstoff und weiteren Molekülen sowie die Erschließung von Ener-
424 giepartnerschaften mit Drittländern gehen.
- 425 • Wir setzen uns für einen **souveränen europäischen digitalen Binnenmarkt** mit
426 einheitlichen Regeln für Unternehmen ein.

- 427 • Wir unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission, ein sogenanntes **28. Re-**
428 **gime im Unternehmensrecht** einzuführen, damit insbesondere innovative Un-
429 ternehmen von den Potenzialen des europäischen Binnenmarkts stärker pro-
430 fitieren. Sie brauchen Entlastungen von Verpflichtungen im Steuer-, Arbeits-
431 und Insolvenzrecht.
- 432 • Wir wollen die **Kapitalmarktunion** weiterentwickeln. Dazu unterstützen wir
433 vor allem die Verbesserung des Verbriefungsmarktes, die Harmonisierung der
434 Kapitalmarktaufsicht und die Schaffung einer Europäischen Kapitalmarktinf-
435 rastruktur.
- 436 • Wir wollen einen **EU-Binnenmarkt für Verteidigungsgüter** mit gemeinsamen
437 Exportregeln. Es gilt, das sicherheitspolitisch zwingend Notwendige auch als
438 einen wirtschaftlichen Impuls für Europa und Deutschland zu nutzen.

439 **Wachstum „Made in Germany“: Es macht einen Unterschied, wenn die CDU re-**
440 **giert!**

441 Wer auf die wirtschaftliche Lage schaut, in der sich unser Land befindet, erkennt:
442 Der politische Handlungsdruck ist enorm. Es braucht weitere Reformen für mehr
443 Innovationen und Investitionen, damit unsere Wirtschaft wieder stärker wächst,
444 ihre Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnt und Arbeitsplätze entstehen.

445 Unsere Gestaltungskraft in der Welt steht und fällt mit der **wirtschaftlichen Stärke**
446 Deutschlands. Wir können unsere Interessen nur mit ihr glaubwürdig und erfolg-
447 reich vertreten. Und diese Fähigkeit ist angesichts der Verschiebung der Macht-
448 zentren auf der Welt, die wir gerade erleben, wichtiger denn je. Mit den Reformen
449 wollen wir die Basis für den wirtschaftlichen Aufschwung schaffen. Wir wollen
450 die Soziale Marktwirtschaft zukunftsorientiert machen. Wir wollen Leistungsgerechtig-
451 keit, innovative Ideen, unternehmerisches Risiko und soziale Absicherung noch
452 besser miteinander verknüpfen. Ja, der Handlungsdruck ist groß – wir müssen
453 handeln, um unseren Wohlstand und unser Gesellschaftsmodell zu bewahren.

454 Wir wollen, dass 2026 ein Aufschwungs- und Wachstumsjahr wird, dem weitere
455 erfolgreiche Jahre folgen. Es liegt noch ein langer Weg vor uns. Aber wenn wir alle
456 mit Mut und Zuversicht die Aufgaben angehen, die uns gestellt werden, werden
457 wir dauerhaft wirtschaftliche Erfolge feiern können. Unser Land muss sehen: Es
458 macht einen Unterschied, wenn die CDU regiert.

ENTWURF
Table.Briefings